

14.08.2011

Geheimverträge: Deutsche Bank kauft sich in Wissenschaft ein



Die Deutsche Bank sponsert Unis - mit umstrittenen Vertragsklauseln. Bild: dapd

Von news.de-Redakteur Björn Menzel

Zwei Berliner Unis lassen sich im großen Stil von der Deutschen Bank sponsern. Die Geheimverträge sind aufgefliegen und sehr umstritten. Nun erfuhr *news.de*, dass die Bundesregierung nichts dagegen hat. Ist die Unabhängigkeit der Wissenschaft in Gefahr?

Der Bundesregierung sind die geheimen Verträge zwischen der Deutschen Bank und der Humboldt Universität (HU) sowie der Technischen Universität Berlin (TU) egal. Das schreibt sie zumindest in der Antwort auf eine Kleine Anfrage, die die Bundestagsabgeordneten Nicole Gohlke und Petra Sitte von den Linken gestellt hatten. Die Regierung würde keine Schlussfolgerungen aus der Angelegenheit ziehen, da sie nicht zuständig ist, heißt es in dem Schreiben, das *news.de* vorliegt.

Was war geschehen? Im Mai dieses Jahres gelangte ein bislang geheim gehaltener Vertrag zwischen dem Kreditinstitut und den Berliner Universitäten ans Licht der Öffentlichkeit. Darin wurde 2007 ein Deal festgehalten, der eigentlich in der deutschen Bildungslandschaft nicht mehr sehr unüblich ist: Ein Unternehmen tritt als Sponsor einer wissenschaftlichen Einrichtung auf. Im speziellen Fall geht es um die Deutsche Bank sowie die beiden Berliner Unis TU und HU. Jedoch wurde bei genauem Hinsehen klar, dass das Geschäft inhaltlich über viele bereits vorhandene Verträge hinausgeht.

Stiftungsprofessuren
Zehn Firmen, die Unis sponsern

- Die Berliner Charité hat eine «Stiftungsgastprofessur für Pharmakodynamik der Immunsuppression nach Nierentransplantationen», gefördert von der Novartis Pharma GmbH und dem Stifterverband
- Auch Pfizer ist an der Berliner Charité engagiert. Das Unternehmen sponsert gemeinsam mit dem Stifterverband eine «Stiftungsprofessur auf Zeit für Onkologische Mykologie».
- In Berlin an der Humboldt-Universität lehrt ein «Ernst & Young Stiftungs-Juniorprofessor auf Zeit für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre», gefördert von der Ernst & Young Stiftung e.V. und dem Stifterverband.
- An der Uni Bremen gibt es eine «Stiftungsprofessur für Prozessgerechte Technologiegestaltung», gefördert vom Daimler-Fonds und dem Stifterverband.
- Die Chemnitzer Technische Universität freut sich über eine «Stiftungsgastprofessur für

Monetäre Ökonomie und Finanzwirtschaft», gefördert von der Commerzbank-Stiftung und dem Stifterverband.

- Auch Audi leistet sich Professoren, zum Beispiel in Dortmund an der Technischen Universität: «Stiftungsprofessur auf Zeit für Supply Net Order Management».
- In Speyer an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften fördert die MLP Finanzdienstleistungen AG und der Stifterverband die «Stiftungsgastprofessur für Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement
- Die Universität Stuttgart freut sich über eine «Stiftungsprofessur für Kraftfahrzeug-Mechatronik», gefördert von der Behr GmbH & Co. KG, ZF Friedrichshafen AG, DEKRA Automobil GmbH, Robert Bosch, dem Stifterverband und...
- An der Uni Bamberg gibt es eine «DekaBank-Stiftungsprofessur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzcontrolling», gefördert von der DekaBank Deutsche Girozentrale und dem Stifterverband.
- ..auch Porsche sponsert den Stuttgarter Lehrstuhl für Mechatronik.

Selbst der eher unternehmerfreundliche Stifterverband erklärte, die von der Bank gesicherten Mitspracherechte seien ungewöhnlich hoch. Das sieht der Politologe **Peter Grottian** nicht anders. Er hatte den bislang geheimen Vertrag an die Öffentlichkeit gebracht und sprach von einer «Selbstaufgabe zweier Universitäten». Laut Vertrag richteten sich die Unis auf Kosten der Bank je eine Stiftungsprofessur ein und gründeten dazu ein Institut. Das Thema: Finanzmathematik.

Drei Millionen Euro soll die Deutsche Bank jährlich spendiert haben, sicherte sich dafür inhaltliches Mitspracherecht sowie das erste Einsehen von wissenschaftlichen Ergebnissen. Wird damit eine öffentliche Forschungseinrichtung zur langen Hand eines Unternehmens? Die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung ist eigentlich in Deutschland klar geregelt. Die TU ließ auch gleich mitteilen, dass diese Unabhängigkeit «uneingeschränkt gewährleistet» sei. Das Statement der HU sieht ähnlich aus, auch wenn Präsident Jan-Hendrik Olbertz - zur Vertragsunterzeichnung noch nicht im Amt - in Zukunft mehr auf derartige Verträge blicken möchte.



__Nicole Gohlke (Die Linke) will den Ausverkauf der Unis stoppen.

Foto: dapd

Linke will Ausverkauf der Unis stoppen

Das ist nach Ansicht der Partei die Linke auch notwendig. Sie möchte sich für die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre einsetzen. «Knebelverträge mit der Wirtschaft lassen sich nur verhindern, wenn die öffentliche Grundfinanzierung erhöht wird», sagt die hochschulpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Nicole Gohlke, zu *news.de*. Sie fordert eine Pflicht, in Zukunft Verträge zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen stets zu veröffentlichen.

Das Ziel: Der Ausverkauf der Unis müsse nicht nur beendet werden, auch die Bundesregierung stehe mehr in der Verantwortung. «Es ist erstaunlich, wie wenig Informationen die Bundesregierung

über die Hochschulen hat, aber auch wie wenig Interesse sie daran zu haben scheint», sagt Gohlke. Die Bundesregierung mache nicht einmal Anstalten, sich einen Überblick zu verschaffen, wie viele Verträge zwischen Unternehmen und Hochschulen bestehen beziehungsweise wie weit die Rechte der Unternehmen darin gehen